

Wasserkraft – Irrweg für Klimaschutz und Umweltpolitik

Die in der AG Wasser des Forum Umwelt und Entwicklung organisierten Verbände fordern eine grundsätzliche Wende in der Nutzung der Wasserkraft.

Die vermeintliche Nachhaltigkeit der Wasserkraft muss in Frage gestellt werden

Wasserkraft gilt immer noch als regenerative Energie. Viele Investoren und Unternehmen, die im Wasserkraftsektor tätig sind, bewerben diese Technologie als umwelt- und klimafreundlich sowie zuverlässig und sicher. Angesichts der Bestrebungen, das Weltklima durch den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu schützen, versucht die Wasserkraftindustrie, ihre Technologie als Alternative für die Verstromung von Kohle und Erdöl zu bewerben.¹

Jüngst brachten deutsche Entwicklungspolitiker*innen sogar die Idee auf, Wasserstoff für eine grüne Verkehrswende in riesigen Wasserkraftwerken in Afrika produzieren zu lassen.² Im Rahmen der globalen Versuche – unter anderem der Bundesregierung –, unter dem Schlagwort „Sustainable Finance“ nachhaltige Anlagemodelle zu fördern, werden demnächst große Kapitalbeträge aus fossilen Brennstoffprojekten in vermeintlich nachhaltige Energievorhaben verlagert werden. Wie nachhaltig die Wasserkraft tatsächlich ist, gehört deshalb dringend auf den Prüfstand. Denn die immer noch weit verbreitete Darstellung der Wasserkraft als „grüne Energie“ blendet aus, dass sie eines der größten ungelösten Konfliktfelder um Umweltschutz und -gerechtigkeit auf globaler, europäischer und nationaler Ebene darstellt.

Wasserkraftwerke zerstören Flussökosysteme und gehören zu den Hauptverursachern des globalen Artensterbens

Das dramatische globale Artensterben vollzieht sich in Süßwasserhabitaten doppelt so schnell wie an Land oder am Meer.³ Seit den 1970er Jahren sind die Populationen von Tier- und Pflanzenarten, die in Süßwasser beheimatet sind, weltweit um schätzungsweise 84 Prozent zurückgegangen.⁴ Ein Drittel aller Arten sind vom Aussterben bedroht.

Der wichtigste Grund für diese bedrohliche Entwicklung ist die Zerstörung von aquatischen Ökosystemen. Wasserkraftwerke und andere Stauanlagen unterbrechen die ökologische Durchlässigkeit von Flüssen und stellen für die meisten Arten – insbesondere Fische, aber auch viele Kleinstlebewesen – eine kaum überwindbare Barriere dar. Im Regelfall liegen die Überlebenschancen von Fischen nach mehreren

Staufstufen bei etwa 5–10 Prozent. Die meisten Fischtrepfen oder anderen Anlagen, die die Fischmigration gewährleisten sollen, funktionieren nur mangelhaft. Viele Fische können flussaufwärts nicht mehr an ihre Laichplätze gelangen und sind vom Aussterben bedroht. Bei einigen Fischarten, insbesondere Kieslaichern, kommt es dadurch zu einer artbedrohenden Dezimation der Population um 90 Prozent. Der Durchgang durch die Turbinen erweist sich für die meisten Fische als todbringende Passage. Laufwasser- und Kleinwasserkraftwerke sind in dieser Hinsicht keineswegs ökologisch verträglicher. Im Entwurf der Bundesumweltministeriums (BMU) für eine Nationale Wasserstrategie vom Juni 2021 wird deshalb insbesondere der Betrieb kleiner Wasserkraftanlagen und seiner Auswirkungen auf die Fischpopulationen als wichtiger Grund identifiziert, weshalb die Bewirtschaftungsziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie nicht erreicht werden.⁵

Staudämme sind zudem Fallen für Sedimente. Durch die verringerte Sedimentlast steigt die Flussbetterrosion, Feuchtgebiete werden zerstört, teilweise tausende Kilometer flussabwärts. Auch Küstenregionen in den Flussmündungsgebieten sind gefährdet. Derartige Folgen werden in den gängigen Sozial- und Umweltverträglichkeitsstudien zumeist nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt.

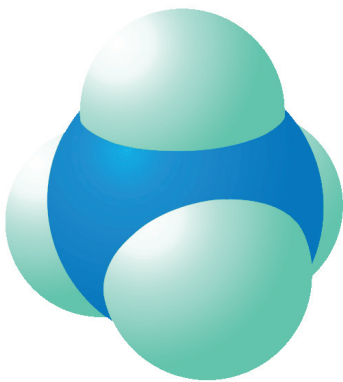
Der Bau von Wasserkraftwerken bedroht menschliche Lebensgrundlagen und soziale Gerechtigkeit

Die ökologischen Auswirkungen von Wasserkraftanlagen haben auch unwägbare soziale Folgen. Für die Mekong-Region befürchten Forscher*innen zum Beispiel durch den zu erwartenden massiven Rückgang der Fischpopulationen eine Gefährdung der Ernährungssicherheit. Zudem könnten die dort geplanten Staudämme die natürlichen Überschwemmungszyklen unterbrechen und so Ernteeinbußen beim Reisanbau verursachen.

Darüber hinaus hat die Wasserkraft für Millionen von Menschen zum Verlust von Land und Lebensgrundlagen sowie zu sozialer Ungerechtigkeit, Zerstörung von Kulturgütern und Menschenrechtsverstößen geführt. In sehr vielen Fällen wurden die Betroffenen nicht angemessen entschädigt und endeten verarmt in den Elendsvierteln der Städte.⁶ Fruchtbare Land wurde und wird von neu gebauten Stauanlagen überflutet und steht nicht mehr für die Produktion von Nahrungsmitteln zur Verfügung. Bei Protesten gegen geplante oder im Bau befindliche Wasserkraftwerke kam es immer wieder zu massiven Repressionen von staatlicher und unternehmerischer Seite, bis hin zum Mord.⁷

Wasserkraft ist nicht klimaneutral

Entgegen der weit verbreiteten Annahme, dass die Wasserkraft eine klimafreundliche Energiequelle sei, sind Wasserkraftwerke angesichts des Klimawandels mit enormen Risiken verbunden – sowohl in Bezug auf Emissionseinsparungen, als auch wenn es um die Anpassung an den Klimawandel geht. So schaden die extremen Auswirkungen von Wasserkraftwerken auf die Hoch- und Niedrigwasserperioden von Flüssen den von ihnen abhängigen Ökosystemen wie Wälder und Mooregebiete, die als Kohlenstoffsenken eine wichtige Funktion für die Stabilisierung des Klimas haben.⁸



*Methan wirkt als Treibhausgas in der Atmosphäre bis zu 86mal stärker als Kohlendioxid.
(© yinto_Wikimedia)*

Auch die Wasserkraft selbst ist keineswegs emissionsfrei. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge emittieren die Staudämme der Welt in einem Jahr ungefähr die gleiche Menge an von Menschen verursachten Treibhausgasen, wie sie in Deutschland im gleichen Zeitraum in die Atmosphäre abgegeben wird⁹, wobei neu gebaute Staudämme wesentlich mehr beitragen als ältere. Der Grund: in den Reservoirs von Staudämmen – und auch flussabwärts, wo die Fließgeschwindigkeit von Flüssen durch die Barrieren verringert wird, – entstehen z. T. große Mengen Methan und andere, stark wirkende Treibhausgase.¹⁰ Berechnungen zufolge wirkt Methan in den ersten 20 Jahren bis zu 86-mal stärker als Kohlendioxid in der Atmosphäre¹¹ – genau in dem Zeitraum also, der für die Einhaltung der Klimaziele des Pariser Abkommens entscheidend ist.

Darüber hinaus stehen Wasserkraftwerke oft im Zusammenhang mit anderen klima- und umweltschädlichen Wirtschaftsaktivitäten, wie etwa industrieller Landwirtschaft, Abholzung und energieintensiven Projekten der Rohstoffförderung.¹² Studien zufolge sind Bergbauprojekte für etwa 10 Prozent der Zerstörung des Regenwaldes in Amazonien verantwortlich.¹³ Durch die Standortvorteile, die Wasserkraftwerke mit günstiger Energie und verbesserten Verkehrswegen bieten, fördern sie diese problematischen Industriezweige.

Auch wenn die Auswirkungen von Wasserkraftanlagen auf das Klima stark vom jeweiligen Standort, der Reservoirgröße, den herrschenden Temperaturen und der umgebenden Vegetation abhängen, ist die Aussage, Wasserkraft sei klima-

neutral, nicht aufrecht zu erhalten. Nichtregierungsorganisationen aus der ganzen Welt fordern auch deshalb die Abkehr von der Wasserkraft.¹⁴

Wasserkraft erhöht die ökologische und soziale Anfälligkeit für Klimarisiken

Im Gegenzug hat der Klimawandel auch negative Auswirkungen auf die Effizienz und Sicherheit von Wasserkraftanlagen. Klimaforscher*innen erwarten aufgrund der Erderwärmung starke Veränderungen der bisherigen Niederschlagsmuster mit längeren Dürreperioden, unterbrochen von extremer werdenden Starkregenereignissen. Hängt die Stromproduktion eines Landes stark von der Wasserkraft ab, führt dies bei Dürren schnell zu Energieengpässen.¹⁵ Der Klimawandel beeinträchtigt also die Zuverlässigkeit der Energiequelle Wasserkraft.

Daneben steigt durch extremere Wetterereignisse die Wahrscheinlichkeit von gefährlichen Dammbrüchen und Unfällen, wie das weltweit vermehrte Auftreten von Staudammunfällen der letzten Jahre zeigt. Da die Sicherheitsstudien für den Bau von Wasserkraftanlagen auf den Wetterdaten der letzten Jahrzehnte basieren, fordern zivilgesellschaftliche Organisationen, dass alle Wasserkraftwerke als gefährdet angesehen werden.¹⁶

Auch die Zerstörung von natürlichen Überschwemmungsgebieten und Küstenlinien durch Wasserkraftanlagen macht viele Bevölkerungsgruppen für die Folgen der Erderwärmung anfälliger. Denn diese Ökosysteme sind entscheidend für eine stärkere Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimafolgen (climate change resilience) wie veränderte Niederschlagsmuster, sich häufende Überschwemmungsereignisse und steigende Meeresspiegel.

Die Unterstützung des Baus von Staudämmen durch die Bundesrepublik ist daher nicht automatisch ein sinnvolles Mittel der Entwicklungspolitik, denn diese sind meist keine klimafreundliche Alternative zur Verstromung von fossilen Energieträgern. Heute stellen Wind- und Solarkraft in der Regel bessere Alternativen dar.



*In Amazonien stellen Fische eine wichtige Proteinquelle für die Bevölkerung dar, die durch Wasserkraftwerke gefährdet wird.
(© Thilo_Papacek)*

Zweifelhafter Nutzen für die wirtschaftliche Entwicklung

Auch wirtschaftlich bringt die Wasserkraft kaum Vorteile. In Deutschland werden lediglich vier Prozent des Gesamtstromverbrauchs mit Wasserkraft gedeckt – und das vorrangig durch wenige (ca. 400) große Kraftwerke. Die zahlreichen kleinen Wasserkraftwerke (<1MW) (ca. 7.300) leisten nur einen winzigen Anteil von 0,5 Prozent des Gesamtstromverbrauchs. Diesem marginalen Beitrag stehen hohe ökologische, soziale und wirtschaftliche Kosten gegenüber, die die Wasserkraft in der Gesamtabwägung ineffizient machen, wie auch das Bundesumweltministerium (BMU) in seinem Entwurf für eine nationale Wasserstrategie feststellt.¹⁷

Großstaudämme stehen seit langem aufgrund ihrer hohen finanziellen Kosten in der Kritik. Die Baukosten übersteigen einer umfangreichen Studie zufolge die geplanten Ausgaben im Schnitt um 90 Prozent, da Planer*innen diese systematisch unterbewerten.¹⁸ Insbesondere Entwicklungsländer laufen Gefahr, sich durch solche Megaprojekte über Jahrzehnte zu verschulden.

Dazu kommt, dass die Lebensdauer von Stauanlagen begrenzt ist und diese nach einigen Jahrzehnten entweder sehr kostenintensiv saniert oder – was meist sogar günstiger ist – abgebaut werden müssen. Diese Langzeitkosten werden aber bei der Planung der Anlagen selten eingerechnet.

Dass trotz dieser negativen Erfahrungen Wasserkraftwerke immer wieder gebaut werden, liegt nicht zuletzt an der global grassierenden Korruption: Politische Entscheidungsträger*innen werden nicht selten bestochen, um den Bau von Kraftwerken durchzusetzen.¹⁹ Gewinne mit Wasserkraftwerken machen vor allem die am Bau beteiligten Unternehmen – die immensen sozialen und ökologischen Kosten und Langzeitfolgen werden dagegen vergesellschaftet.

Wasserkraft als Anlagemodell

Trotz dieser vielfältigen und seit Jahrzehnten bekannten negativen Auswirkungen der Wasserkraft wird diese immer noch als umweltfreundliche und nachhaltige Technologie beworben. Insbesondere in den letzten Jahren wird für Investitionen in diesen Sektor mit dem Hinweis auf hohe Renditen für eine „grüne“ Finanzanlage geworben. Aus der Sicht der AG Wasser handelt es sich hierbei u. a. wegen der millionenfachen Tötung der Fische um irreführende Werbung.²⁰ Die Erzeugung von Strom aus Wasserkraftanlagen ist wie schon der Bau aus ökologischen wie ökonomischen Gründen abzulehnen. Die Wasserkraft ist eine Technologie, die mehr Probleme verursacht als sie löst, und keine Lösung für die Bekämpfung der Klimakrise.

Gerade jetzt, vor dem Hintergrund der Bestrebungen, aus der Nutzung fossiler Energieträger auszusteigen und vermehrt klimaneutrale und nachhaltige Projekte zu fördern, muss die Wasserkraft daher fundamental in Frage gestellt werden. Denn die Gefahr besteht, dass Kapital, das durch die Dekarbonisierung frei wird, massiv in Wasserkraft investiert wird.

In Europa vollzieht sich derzeit insbesondere auf dem Balkan ein Boom der Wasserkraft, der die letzten frei fließenden Flüsse Europas und sein ökologisch wertvolles Naturerbe bedroht. Doch gerade in Hinblick auf den European Green Deal und die Biodiversitätsstrategie 2030, die die Renaturierung von 25.000 Flusskilometern vorsieht, stellt ein neuer Investitionsschub für Wasserkraftwerke ein falsches Entwicklungsmodell dar, das dringend gestoppt werden muss. Diesen Weg beschreiten zurzeit einige Länder auf dem Balkan, die wegen der offensichtlichen Zerstörung ihrer Flüsse und Flusslandschaften einen Neubau von Wasserkraftanlagen ablehnen bzw. sogar bestehende Genehmigungen zurückziehen.



Veränderte Niederschlagsmuster durch den Klimawandel beeinträchtigen die Sicherheit und die Effizienz von Staudämmen: hier der Oroville Staudamm in Kalifornien, USA, in Dürrezeiten und nach Starkregen im Februar 2017 (© William Croyle, California Department of Water)

WASSERKRAFT IM KONTEXT DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Da die Bevölkerung des globalen Südens nicht von den grundlegenden Vorteilen einer Stromversorgung ausgeschlossen sein darf, sind in bestimmten Regionen aufgrund fehlender öffentlicher Netze autarke Inselnetze mit dezentraler regenerativer Stromerzeugung eine Lösung. In diesem besonderen Kontext können kleine, selbstverwaltete und gemeinwohlorientierte Wasserkraftwerke in abgelegenen Gebieten auch weiterhin eine sinnvolle Maßnahme sein, wenn der Eingriff in die Natur in der Abwägung mit anderen wesentlichen Aspekten von Entwicklungsprozessen oder Sicherheitsfragen das kleinere Übel darstellt.

Hierzu müssen strenge ökologische Kriterien wie die weitestgehende Vermeidung von Staufstufen oder der Komplettverbauung von Fließgewässern auf der Basis von qualifizierten Umweltverträglichkeitsprüfungen (siehe Forderung 3) angelegt werden.

Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass bei den Projekten die gesellschaftsrelevanten Wirkungen der Stromversorgung, wie beispielsweise die Verbesserung der Gesundheitsversorgung durch Kühlmöglichkeiten von Medikamenten oder Diagnosemöglichkeiten durch Ultraschall, die Verbesserung der Bildungs- oder der Sicherheitssituation durch Beleuchtung, die Schaffung von Einnahmequellen durch Handwerk etc. klar im Vordergrund der Projektausrichtung stehen. Keinesfalls darf die Entscheidung für das Projekt aus gewinnorientierten, rein privatwirtschaftlichen Absichten heraus erfolgen.

Vor dem Bau sollten die Beteiligten zudem alle alternativen Möglichkeiten zur Stromversorgung im Hinblick auf die geringstmöglichen Umweltauswirkungen unter Berücksichtigung auch zukünftiger Klimarisiken prüfen.

1 So fand der letzte Weltkongress der International Hydropower Association im Mai 2019 in Paris unter dem Motto „Delivering on the Paris Agreement and the Sustainable Development Goals“ („Das Pariser Abkommen und die UN-Nachhaltigkeitsziele erfüllen“) statt.

2 Vgl. GegenStrömung: „Wasserstoffproduktion beim Mega-Staudamm Inga 3 am Kongo-Fluss?“, <https://bit.ly/3QphyTp>.

3 Vgl. Tobias Schäfer: „Einfach unersetzlich.“ In: Rundbrief Forum und Entwicklung IV/2018, <https://bit.ly/3cqAtiF>.

4 Vgl. Wetlands International: „Bending the curve of freshwater biodiversity loss“, <https://bit.ly/3AVC3mp>.

5 BMU: „Nationale Wasserstrategie – Entwurf des BMU“. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) Arbeitsgruppe WR I 1-w, S. 59F, <https://www.bmu.de/download/nationale-wasserstrategie/>.

6 Im Jahr 2000 schätzte die Weltstaudammkommission in ihrem Abschlussbericht, dass im 20. Jahrhundert weltweit zwischen 40 und 80 Millionen Menschen für den Bau von Wasserkraftwerken und anderen Stauanlagen umgesiedelt worden waren. – World Commission on Dams: Dams and Development – A new framework for Decision-Making. The Report of the World Commission on Dams, 2000, S. 104, <https://bit.ly/3e0e1O4>.

7 Der bekannteste Fall der jüngeren Vergangenheit dürfte der Mord an der honduranischen Aktivistin Berta Cáceres sein, die wegen ihres Engagements gegen ein geplantes Wasserkraftwerk von einer Mafia aus Unternehmensmitarbeitern und Militärs ermordet wurde. – Vgl. Zeit Online: „50 Jahre Haft für Mord an Umweltaktivistin“, <https://bit.ly/3pGItiP>.

8 Vgl. The Guardian: „Scientists say halting deforestation ‚just as urgent‘ as reducing emissions“, <https://bit.ly/2NrrImc>.

9 Deemer, Bridget R. et. al.: „Greenhouse Gas Emissions from Reservoir Water Surfaces: A New Global Synthesis.“ In: BioScience 66,11 (2016). doi: 10.1093/biosci/biw117 (<https://bit.ly/2BA59sK>)

10 Amelie Huber: Wasserkraft und Klimawandel – Eine problematische Beziehung. Berlin: GegenStrömung, 2018, <https://bit.ly/36qVzF3>.

11 Gunnar Myrhe et. al. 2013: „Anthropogenic and Natural Radiative Forcing.“ In: IPCC 2013: Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge/New York: Cambridge University Press, 2013, 661–740, <http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg1/>.

12 Fabius Grieger und Marius Hasenheit: Bergbau und Wasserkraft – Wie eine vermeintlich regenerative Energie mit dem Extraktivismus zusammenhängt, Berlin: GegenStrömung, 2018, <https://bit.ly/354lamW>; Christian Russau: „Staudamm, Schiene, Schnitzel“, in: Gestaute Ströme. Wasserkraft: Fluch oder Segen für Lateinamerika, GegenStrömung/LN-Dossier 15, S. 22–27, <https://bit.ly/2OxKBZX>.

13 Vgl. Mongabay: „Unexamined synergies: dam building and mining go together in the Amazon“, <https://bit.ly/3AJJ9Kw>; Farmlandgrab: „Grainrail: ‘2nd revolution in Brazilian agribusiness’ and Amazon threat“, <https://bit.ly/3ALSJfR>.

14 Über 300 zivilgesellschaftliche Organisationen aus der ganzen Welt haben im September 2021 ein entsprechendes Dokument gezeichnet: <https://bit.ly/3Ki3x8F>.

15 Dies war in manchen Ländern Afrikas bereits der Fall und wird für Brasilien befürchtet: vgl. The Independent: „Africa to suffer major blackouts...“, <https://bit.ly/3PPKrrN>; Mongabay: „Brazil climate change report...“, <https://bit.ly/3Cw2OP9>; The Guardian: „Malawi suffers blackouts...“, <https://bit.ly/3TfNrK0>.

16 GegenStrömung (Hg.): Riskante Energie – Staudammsicherheit in Zeiten des Klimawandels. Berlin: GegenStrömung, 2018, <https://bit.ly/2qGBNWP>.

17 BMU: „Nationale Wasserstrategie – Entwurf des BMU“, <https://bit.ly/3RcKU8b>.

18 Ansar, A., et al.: „Should we build more large dams? The actual costs of hydropower megaproject development.“, in: Energy Policy (2014), <http://dx.doi.org/10.1016/j.enpol.2013.10.069i>, bzw. Kurzform <https://bit.ly/3wRNysD>

19 Dies zeigt besonders gut der Fall des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht, vgl. Neues Deutschland: „Odebrecht baut wie geschmiert“, <https://bit.ly/3CvJrWt>.

20 So urteilte das Landgericht Mannheim am 21.12.2001 im Verfahren Südstrom GmbH Rheinstetten gegen den Verband Hessischer Sportfischer, dass die Aussage, Wasserkraft sei kein „grüner Strom“ sondern „blutiger Strom“, zulässig ist und nicht den Tatbestand der Geschäftsschädigung, der üblen Nachrede und der Verleumdung erfüllt. – <https://bit.ly/3Bgc3C9>.

21 Zu den ökologischen Nutzen des Abbaus von Stauanlagen siehe: Michael Bender and Athénaïs Georges: „Break free – Restoring the biodiversity of rivers by removing dams“. Berlin: Living Rivers Foundation, Juni 2022, https://www.living-rivers.eu/s/dam_removal_EBOOK.pdf.

Forderungen

Vor diesem Hintergrund fordern die in der AG Wasser des Forums Umwelt und Entwicklung organisierten Verbände ein grundsätzliches Umdenken in Bezug auf die Wasserkraft.

1

Innerhalb von Deutschland dürfen staatliche Institutionen den Bau neuer Wasserkraftanlagen nicht mehr genehmigen. Stattdessen muss die Bundesregierung den Abbau von Wasserkraftanlagen fördern, um die Erholung degradierter Ökosysteme zu ermöglichen und um durchgängige Flusssysteme wiederherzustellen.²¹ Frei fließenden Flüsse sind für den Erhalt der Artenvielfalt und für zahlreiche andere ökologische und klimatische Funktionen unerlässlich.

2

Die Europäische Union muss dafür sorgen, dass die letzten frei fließenden Flüsse des Kontinents geschützt werden. Finanzierungen für den Neubau (etwa auf dem Balkan) von Wasserkraftanlagen durch europäische Institutionen müssen umgehend gestoppt werden. Naturschutzgebiete müssen von den Behörden gekennzeichnet und gegen die Lobby der Investoren geschützt und nicht – wie es zur Zeit häufig der Fall ist – für Wasserkraftprojekte freigegeben werden.

3

Die Förderung von Wasserkraftprojekten durch Instrumente der Außenwirtschaftsförderung (z. B. über Exportkreditversicherungen oder -finanzierungen) oder im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (etwa über Entwicklungsbanken oder durch Hilfswerke) muss starken Kriterien von Nachhaltig-

tigkeit genügen. Gefördert werden darf Wasserkraft – neben Rückbau und Sicherheitsmaßnahmen – nur, wenn sie Menschen im Globalen Süden, die vom Stromnetz abgeschnitten sind, dazu verhilft, eine selbstverwaltete Energieversorgung aufzubauen. Dabei muss gewährleistet sein, dass

- zuvor alle Alternativen geprüft wurden und diese Prüfung ergeben hat, dass bei einem Wasserkraftprojekt die Vorteile gegenüber anderen Lösungen deutlich überwiegen,
- eine einzugsgebietsbezogene Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung unter Einbeziehung der Bevölkerung erfolgt ist,
- wesentliche Teile eines betroffenen Flussökosystems durchlässig bleiben (etwa für Fischmigrationen und Sedimente), und
- die zu erwartenden Veränderungen von Wettermustern durch den Klimawandel angemessen berücksichtigt wurden.

Auch im Rahmen der Anpassung der multilateralen Entwicklungsbanken an das Pariser Klimaabkommen (Paris Alignment) muss sich die Bundesregierung für diese Kriterien und für eine umfassende Berechnung der Klimaauswirkungen von Wasserkraftprojekten einsetzen. Der Fokus all dieser Förderinstrumente sollte auf Effizienzmaßnahmen, wie die Behebung von Leitungsverlusten, sowie Solar- und Windkraftanlagen liegen.

4

Private Investitionen in die Wasserkraft sollten nicht pauschal als nachhaltige Form der Geldanlage zählen. Die Bundesregierung sollte deshalb im Rahmen ihrer Sustainable Finance-Initiativen Wasserkraft nicht in den Katalog nachhaltiger Geldanlagen aufnehmen und sich dafür auch in der EU einsetzen.

HERAUSGEBER UND KONTAKT

Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstr. 19–20 | 10117 Berlin
info@forumue.de
www.forumue.de
+49(0)30 678 17 75 75

Autor: Dr. Thilo F. Papacek
(GegenStrömung – INFOE e.V.)
Layout: Jan Birk

Stand: August 2022

Die AG Wasser befasst sich schwerpunktmäßig mit den Themen Gewässerschutzpolitik in der EU und in Deutschland, Wasser in den Zielen für nachhaltige Entwicklung, Wasser und Handelspolitik, Europäische Wasserrahmenrichtlinie, Staudämme und Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung.

Ansprechpartner:

Dr. Thilo F. Papacek (GegenStrömung – INFOE e.V.)

E-Mail: thilo.papacek@gegenstroemung.de

Michael Bender (GRÜNE LIGA e.V. – Bundeskontaktstelle Wasser)

E-Mail: wasser@grueneliga.de

Jürgen Maier (FUE)

E-Mail: chef@forumue.de